

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 24.01.2019)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam
Telefon:	0331 / 289 - 1032
Fax:	0331 / 289 - 841007
E-Mail:	buergerbeteiligung@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Herr J. Schulz
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Es werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- *Vorname, Nachname, Adresse, Geburtsjahr, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Ihre Interessen an Themen*

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Die erhobenen Daten werden für die Organisation des Beteiligungspools und für Einladungen zu Beteiligungsveranstaltungen gespeichert und verarbeitet. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO i.V.m § 5 BbgDSG, § 13 BbgKVerf, i.V.m. Vorlagennummern im Ratsinformationssystem der LHP 17/SVV/0863 und 16/SVV/0281. Außerdem wird die E-Mail-Adresse mit der Einwilligung des Betroffenen zum Empfang des Newsletters Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam verarbeitet. Rechtsgrundlage ist in diesem Fall Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO.

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist freiwillig. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Wenn Sie Ihre Daten nicht bereitstellen, können Sie für den Beteiligungspool nicht berücksichtigt werden. Wenn Sie Ihre E-Mail-Adresse nicht angeben, können Sie keinen Newsletter Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam erhalten.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - *Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam*
 - *Bereich IT-Infrastruktur und Service bei Systemstörungen*
 - *Geschäftsstelle Steuerungsunterstützung, Geschäftsbereich 1, zur Versendung des Newsletters Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam*
 - *sonstige unterstützende und mit übergreifenden Aufgaben betraute Bereiche der Verwaltung*
- Auftragsverarbeiter:
 - *sorgfältig ausgewählte Dienstleister, die nur im Rahmen der strengen Auflagen einer Datenverarbeitung im Auftrag für die Landeshauptstadt Potsdam tätig werden*
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
 - *WerkStadt für Beteiligung, Trägerschaft mitMachen e.V. – bei der Unterstützung der Organisation und Versendung von Einladungen*

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer *vom 25. Januar 2019 bis 15. März 2020. Bei Vorliegen einer Einwilligung zum Newsletterversand erfolgt die Speicherung der E-Mailadresse bis auf Widerruf.*

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei Vorliegen der Voraussetzungen insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)

- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde kann gerichtet werden an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de